

**Antrag**

**Betreff: Änderungsantrag zur Beschlussvorlage Resolution der 10. Sozialkonferenz vom 21.04.2007 mit 10. Forderungen zur Bekämpfung der Kinderarmut in Osnabrück**

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Sitzungsart (NÖ/Ö)	TOP
Jugendhilfeausschuss	06.02.2008	Ö	
Schul- und Sportausschuss	14.02.2008	Ö	
Sozial- und Gesundheitsausschuss	25.03.2008	Ö	
Verwaltungsausschuss	01.04.2008	NÖ	
Rat der Stadt Osnabrück	01.04.2008	Ö	03c)bb

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreis der Berechtigten für den Erwerb des „Familienpasses“ wird um den Kreis der Familien erweitert, die Wohngeld erhalten.
2. Das Angebot an Vergünstigungen wird grundsätzlich nicht erweitert. Abweichungen davon müssen vom Fachbereich in Abstimmung mit den jeweiligen Fachausschüssen entschieden werden. Grundsätzlich muss die Unterstützung direkt den Kindern zu Gute kommen und soll insbesondere helfen, Bildungsbenachteiligungen von Kindern abzubauen.
3. Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2008 wird ein Fonds für die Erteilung von individueller Hausaufgabenhilfe an den Osnabrücker Schulen in Höhe von 50.000.00 Euro in den Fachbereichen „Schule“ und „Kinder, Jugendliche und Familien“ eingesetzt werden. Dabei sind die Grundschulen in sozial benachteiligten Stadtteilen und mit einem hohem Migrantenanteil in besonderer Weise zu berücksichtigen um Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern und mit Migrationshintergrund zu fördern.  
Darüber hinaus wird eine Aktion gestartet, um Bürgerinnen und Bürger der Stadt, auf ehrenamtlicher Basis in Kindergärten, Horten, Grundschulen und weiterführenden Schulen für Vorlesen, Leseübungen und Hausaufgabenhilfe zu gewinnen.
4. In Kindergärten und Schulen mit Mittagstisch muss das Essen allen Kindern und Jugendlichen zugänglich sein, es sind entsprechende Freieessen zu Verfügung zu stellen.  
Erkundungsgänge und Besuche von anderen pädagogischen Lernorten im Rahmen von Kindergarten und Schulen müssen allen Kindern und Schülern ermöglicht werden. Für diese Maßnahme muss eine unbürokratische Hilfe für Schulen und Kindergärten, aus der Jugendschulverwaltung angefordert werden können.

5. Den Fachausschüssen wird eine Liste aller Unterstützungsmaßnahmen der Bereiche Kinder, Jugendliche, Familien, Soziales und Schulen vorgelegt.

**Weitere Begründung/Sachverhalt/Problembeschreibung:**

Hier sind Begründungen/Sachverhalte/Problembeschreibungen zur Beschlussvorlage aufzuzeigen alles andere ist zu streichen.

Behauptungen für die bisher keine Ergebnisse vorliegen sind zu streichen.

Bildungssysteme zu reformieren und zu behaupten, dass diese bessere Bildungserfolge brächten, sind nicht erwiesen und auch nicht Sache der Kommunen und gehören deshalb nicht in die Begründung.

Forderungen der Verwaltung zu Monitoring, Evaluation und Bildung sollten so dargestellt werden, dass auch personelle oder finanzielle Auswirkungen zu erkennen sind.

Förderunterricht ist Landesangelegenheit. Kommunen können Hausaufgabenhilfe anbieten. Wenn Fachleute hinzugezogen werden sollen, so sind alle zu berücksichtigen.

gez. Dr. E. h. Fritz Brickwedde  
Fraktionsvorsitzender